

Stand: 18.01.2022 11:49:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18260

"Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik:
Energiepreise sofort senken - Stromsteuer auf EU-Mindestsatz absenken,
CO2-Steuer streichen, EEG abschaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 18/18260 vom 13.10.2021
2. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 14.10.2021
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19179 des WI vom 21.10.2021
4. Beschluss des Plenums 18/19483 vom 08.12.2021
5. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 08.12.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

**Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik:
Energiepreise sofort senken – Stromsteuer auf EU-Mindestsatz absenken,
CO₂-Steuer streichen, EEG abschaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Absenkung der Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz, die ersatzlose Streichung der CO₂-Steuer („CO₂-Bepreisung“) sowie die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) einzusetzen.

Begründung:

Die Energiepreise in Deutschland und damit auch im Freistaat Bayern haben infolge planwirtschaftlicher Eingriffe in den Energiemarkt ein nie dagewesenes Rekordhoch erreicht. Wirtschaft und Bevölkerung leiden gleichermaßen unter der zunehmenden staatlichen Abgabenlast, zuletzt wurde durch die Einführung der CO₂-Steuer („CO₂-Bepreisung“) unter dem Deckmantel des Klimaschutzes eine neue Belastung mit jährlicher Steigerungsrate eingeführt. Die planwirtschaftliche Verteuerung von Energie ist aufgrund ihrer negativen gesellschaftlichen Auswirkungen (Stichwort: „Energiearmut“) nicht nur in hohem Maße unsozial, sie gefährdet auch zunehmend den Wirtschaftsstandort Deutschland in seiner Wettbewerbsfähigkeit. Während praktisch alle relevanten Industrienationen der Welt erheblichen Aufwand betreiben, um ihre eigene Industrie mit günstiger Energie zu versorgen, fallen Bundes- und Staatsregierung der deutschen Wirtschaft Jahr für Jahr in den Rücken. Unter dem durchschaubaren Vorwand der Weltrettung werden zusätzliche finanzielle Belastungen eingeführt, die zwar in keiner Weise zu einer Reduktion von CO₂-Emissionen führen, dafür jedoch eine massive Vermögensverschiebung – insbesondere von der mittelständischen Wirtschaft hin zum Staat – nach sich ziehen. Die gegenwärtige Energiepolitik der Regierung ist damit de facto eine Politik der schleichenden Enteignung – sowohl von Unternehmen, als auch von Privathaushalten. Um eine weitere staatlich induzierte Verteuerung von Energie (und damit eine weitere Enteignung) zu verhindern, muss die Stromsteuer mit sofortiger Wirkung auf den EU-Mindestsatz abgesenkt werden, die CO₂-Steuer („CO₂-Bepreisung“) ersatzlos gestrichen und das EEG abgeschafft werden.

nete Plenk (fraktionslos). Sonst niemand. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/18346 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Sonst niemand. Wer ist dagegen? – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Wer Enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/18260 mit 18/18263 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Nun gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "A 13 für alle – Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich angemessen bezahlen", Drucksache 18/18258, bekannt. Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 15 Abgeordnete. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt kommt noch die Bekanntgabe des Ergebnisses des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Es ist höchste Zeit: Einheitliches Eingangsamt A 13 für alle Lehrkräfte an Bayerns Schulen!", Drucksache 18/18345: Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 75 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 15. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/18260

**Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik:
Energiepreise sofort senken - Stromsteuer auf EU-Mindestsatz absenken,
CO2-Steuer streichen, EEG abschaffen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Franz Bergmüller**
Mitberichterstatter: **Benjamin Miskowitsch**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 47. Sitzung am 21. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/18260, 18/19179

**Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik:
Energiepreise sofort senken – Stromsteuer auf EU-Mindestsatz absenken,
CO₂-Steuer streichen, EEG abschaffen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gerd Mannes

Abg. Benjamin Miskowitsch

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Annette Karl

Abg. Albert Duin

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 26** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik:

Energiepreise sofort senken - Stromsteuer auf EU-Mindestsatz absenken, CO2-Steuer streichen, EEG abschaffen (Drs. 18/18260)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die vermurkste Energiewende stellt eine technische und ökonomische Vergewaltigung des Energiesystems dar. Bewährte Infrastrukturen werden zerschlagen und grundlastfähige Kraftwerke verschrottet, die unter Milliardeninvestitionen errichtet worden sind. Kurz gesagt: Die Ökofanatiker der Regierung begehen einen energiepolitischen Amoklauf. Ihre Opfer sind Verbraucher, Steuerzahler und unsere Industrie. Sie alle verteuern die konventionellen Energieträger mittels Regulierung und behaupten dann, dass die erneuerbaren Energien dadurch wirtschaftlicher werden. Die grünen Demagogen gehen damit hausieren, dass die erneuerbaren Energien angeblich die günstigeren Energieträger wären. Das ist eine glatte Lüge.

Das Fraunhofer-Institut veröffentlicht jährlich die Stromgestehungskosten aller in Deutschland verfügbaren Energietechnologien. 2013 gab das Institut an, Braunkohle mit 40 Euro je Megawattstunde sei der günstigste Energieträger. Aber 2021 kostet

Braunkohlestrom plötzlich über 100 Euro je Megawattstunde. Doch warum ist Deutschlands günstiger Energieträger auf einmal doppelt so teuer?

Die Antwort auf die Frage ist einfach: Sie haben mit dem Emissionshandel und der nationalen CO₂-Steuer die Wirtschaftlichkeit konventioneller Energieträger mit voller Absicht ruiniert. Mit der planwirtschaftlichen Vorrangspeisung durch das EEG drängen Sie nach und nach die grundlastfähigen Kernkraftwerke aus dem Markt. Damit haben Sie die Stromgestehungskosten der konventionellen Anlagen auf unerträgliche Art und Weise erhöht.

Diese Energiepolitik kann man nur als fahrlässige Manipulation des Marktes und böseartige Täuschung der Verbraucher bezeichnen. Sie alle reden hier immer davon, dass Sie die Gesellschaft entlasten wollen. Aber der staatliche Anteil am Strompreis liegt heute bei 52 %. Sie alle sind also dafür verantwortlich, dass jährlich bis zu 300.000 Menschen der Strom abgestellt wird. Eine SPD-Politikerin hat kürzlich gesagt: Die günstigste Kilowattstunde ist die, die man nicht verbraucht. – An dieser zynischen Aussage sieht man, wie unsozial die Energiepolitik der Altparteien ist, insbesondere die der SPD. Sie alle hängen die Bürger ohne jede Rücksicht ab. Sie betreiben eine energiepolitische Geisterfahrt, und es ist höchste Zeit, dass die Bürger über diesen Irrsinn aufgeklärt werden.

Die AfD hat für die von Ihnen verursachte Energiepreiskrise eine tragfähige Lösung. Mit unserem Antrag fordern wir die sofortige Absenkung der Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz. Weiterhin fordern wir, dass auf Bundesebene die CO₂-Steuer und das EEG sofort abgeschafft werden. Alleine durch die Abschaffung der EEG-Umlage entlasten wir die Verbraucher um rund 30 Milliarden Euro jährlich. Die Streichung der CO₂-Steuer würde einer durchschnittlichen Familie zukünftig bis zu 1.400 Euro jährliche Mehrbelastung ersparen. Lassen Sie Ihren Versprechungen auch Taten folgen, und stimmen Sie unserem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Benjamin Miskowitsch. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute wieder mit einem Hochzieher aus dem Wirtschaftsausschuss zu tun. Hierbei handelt es sich um die Forderung nach Absenkung der Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz, ersatzloser Streichung der CO₂-Steuer sowie Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Ich nehme einmal die Pointe vorweg: Unsere Meinung zu dem Antrag hat sich nicht verändert. Wir werden ihn auch hier und heute wieder ablehnen. Ein Hochziehen solcher Anträge ändert unsere Sicht auf die Dinge hier nicht.

Das EEG dient dem Ziel, die Wettbewerbsnachteile, die erneuerbare Energien gegenüber konventionellen Energieträgern noch haben, auszugleichen und den Ausbau voranzubringen. Eine sofortige Abschaffung der EEG-Zahlungsansprüche und des Einspeisevorrangs würde angesichts des derzeit noch bestehenden Förderbedarfs der Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zum Erliegen des Ausbaus führen.

Das EU-Emissionshandelssystem sowie das nationale Brennstoffemissionshandelsgesetz sind die Grundlage für die monetäre Bewertung von CO₂-Emissionen, um Anreize zur Reduktion zu setzen. Sie erzeugen eine entsprechende Lenkungswirkung, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Die Forderung nach Abschaffung der nationalen CO₂-Bepreisung ignoriert die Klimaschutzziele und ist deshalb abzulehnen.

Die CO₂-Bepreisung belastet die Menschen direkt. Durch die effiziente Anreizgestaltung entscheiden die Menschen und Unternehmen selbst, wo und wie sie CO₂ einsparen. Mit Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung in diesem Jahr wurden auch entsprechende steuerliche Entlastungen festgelegt. Dies sind die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahnferntickets und die

Erhöhung der Pendlerpauschale; für Steuerpflichtige, deren zu versteuerndes Einkommen unterhalb des Grundfreibetrags liegt, wurde eine bis 2026 befristete Mobilitätsprämie eingeführt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen hohen Energiepreise sollte eine Entlastung der Bevölkerung über den Bund vor allem bei den Strompreisen stattfinden, etwa durch eine Absenkung der EEG-Umlage, Bundeszuschüsse auf das EEG-Konto, die Senkung der Stromsteuer sowie Zuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten. Die Forderung nach Absenkung der Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz ist im Übrigen seit mehreren Jahren gefestigte Haltung der Bayerischen Staatsregierung.

Wir lehnen den Antrag deshalb auch heute wieder ab. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Miskowitsch, danke für die Ausführungen. Ich wollte einfach noch mal nachfragen. Sie haben ja – also nicht Sie als Person, sondern die CSU – immerhin die letzten 16 Jahre regiert. Fakt ist: Wir haben weltweit den teuersten Strom. Wie konnte es dazu kommen? – Ich wollte einfach noch einmal nachfragen. Jetzt haben Sie gesagt, dass Sie eigentlich die meisten dieser Belastungen zurückführen wollen und es so sehen wie wir. Warum haben Sie diese Politik denn dann im Bund 16 Jahre lang betrieben, dass Strom so teuer geworden ist?

Eines ist natürlich klar: Wir haben den teuersten Strom weltweit, und die Hälfte entfällt auf Steuern. Sie haben auch gesagt, wo und wie Energie durch Lenkungswirkung eingespart wird. Das stimmt natürlich nicht. Das wissen Sie auch; denn viele Leute können es sich nicht leisten, ein neues Auto oder eine neue Heizung zu kaufen. Das

heißt, das ist hier falsch. Aber noch einmal die Frage: Was wollen Sie konkret in Zukunft machen, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für die Zwischenfrage.

Gerd Mannes (AfD): – um die Strompreise wieder zu reduzieren?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Miskowitsch.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Was ich konkret machen möchte, um den Strompreis zu senken, das habe ich gerade ausgeführt. Was die 16 Jahre im Bund gemacht wurde, dazu werde ich meine Bundestagsabgeordnete anrufen und sie danach fragen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Martin Stümpfig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden den Antrag ablehnen. Ich schließe mich meinem Vorredner, Herrn Miskowitsch, an; wir haben diese Anträge bereits im Ausschuss behandelt.

Vielleicht noch ein Wort zur Argumentation von Herrn Mannes: Wenn bei den Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken wirklich die externen Kosten eingerechnet würden, dann wären sie um ein Vielfaches teurer als erneuerbare Energien. Es ist schon traurig: Sie sind jetzt seit drei Jahren im Wirtschaftsausschuss und wissen das nicht. Daher sind Ihre Kalkulationen, die Sie auch hier in Ihrem Antrag vorrechnen, einfach nur falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie noch am Pult. Es liegt auch bei Ihnen eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Ich erteile hierzu dem Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, das stimmt natürlich nicht. Sie täuschen wieder die Öffentlichkeit. Sie wissen ganz genau, dass Deutschland nur 2 % des CO₂ ausstößt. Das heißt, die anderen 98 % werden sowieso ausgestoßen. Die klimaschädlichen Konsequenzen, die Sie da mit einrechnen, gibt es auch, egal ob wir konventionelle Kraftwerke oder erneuerbare Energien machen. Das wollte ich richtigstellen.

Aber jetzt zur Frage: Wir waren ja gemeinsam in der Anhörung über Strompreise. Da hat Ihr Sachverständiger gesagt, Strom sei zu günstig; der Preis müsse in den nächsten Jahren noch etwa um das Dreifache steigen. – Das war Ihr Sachverständiger, das waren nicht Sie selbst. Sind Sie auch der Meinung, dass der Strom die nächsten Jahre noch dreimal so teuer werden muss?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir hatten eine Anhörung, zu der verschiedene Experten eingeladen waren. Da war zum Beispiel Frau Pittel vom Ifo-Institut auf dem Ticket der CSU. Sie hat klar gesagt, wir brauchen für die fossilen Energien einen Preis, nur dann schaffen wir eine Dekarbonisierung. Oder war sie vielleicht auf dem Ticket der FREIEN WÄHLER? – Ich glaube schon, Sandro, das war eure Expertin. Also sie sagte, nur dann schaffen wir die Dekarbonisierung. Wir leben einfach in einer Welt, in der der Preis entscheidend ist. Wir haben dann Energieeffizienz, wenn auch der Strom, wenn auch die Energie etwas kostet. Die erneuerbaren Energien drücken momentan den Preis an der Strombörse massiv. Das sind die Tatsachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Rainer Ludwig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Herren von der AfD, lieber Herr Mannes, es ist schon sehr verwunderlich und fragwürdig, was Sie heute wieder aufbieten. Bereits im Juni dieses Jahres haben Sie einen nahezu identischen Antrag eingebracht. Es ist deshalb unverständlich, sinnlos und überflüssig, dass Sie diesen, fast analogen Folgeantrag stellen und hier auch wieder hochziehen.

Beide Anträge wurden in den zuständigen Ausschüssen bereits mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Ihr jetziger Antrag strotzt nur so von absurden Behauptungen, von völlig falschen und irreführenden Aussagen. Sie reden von planwirtschaftlichen Eingriffen unter dem Deckmantel des Klimaschutzes. Sie reden von einer Politik der schleichenden Enteignung. Jetzt haben Sie ausgeführt, wir würden absichtlich die Wirtschaft ruinieren. – Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Sie sagen, unsere Energiepolitik sei fahrlässig und sei eine Geisterfahrt. – Ich sage Ihnen: Das ist einfach nur noch haarsträubend, was Sie hier abgeben.

(Lebhafter Beifall)

Einzig wahr ist, dass die Energiekosten derzeit einen Höchststand erleben. Aber das tun sie nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und in der ganzen Welt. Das macht uns natürlich Sorgen. Diese Entwicklung ist aber nicht allein auf die gestiegene CO₂-Abgabe zurückzuführen, was Sie hier als Abzock-Instrument bezeichnen. Die Ursachen sind ganz andere, und die kennen Sie. Ich verweise auf meine Ausführungen im Rahmen der Aktuellen Stunde vom 11. November 2021. Dort haben wir FREIE WÄHLER zum Beispiel einen europäischen Industriestrompreis ins Spiel gebracht. Ebenso haben wir längst die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mittelmaß gefordert wie auch die Anpassung der Mehrwertsteuer für Energie auf EU-

reduzierte Sätze, und das alles natürlich, damit unsere Unternehmen international wettbewerbsfähig und unabhängig bleiben.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen von der AfD, Ihre pauschale Forderung nach Abschaffung der nationalen CO₂-Bepreisung ist schon allein volkswirtschaftlich gesehen völlig fatal. Der CO₂-Preis hat nämlich genau den Vorteil, dass er CO₂ direkt belastet. Deshalb ist die CO₂-Bepreisung ein effektives Instrument, das einen Anreiz zur Verhaltensänderung liefert und ausgewogen für soziale Gerechtigkeit sorgt.

Auch Ihre zweite Forderung nach einer vollständigen Abschaffung des EEG ist einfach nur unsinnig und desolat. Das EEG dient gerade dem Ziel – ich darf es wiederholen –, Wettbewerbsnachteile gegenüber den konventionellen Energieträgern auszugleichen und eben den Ausbau der Erneuerbaren zu forcieren. Genau hier beweisen Sie wieder einmal Ihre Inkompetenz, und Sie ignorieren damit auch die gesetzten Klimaziele.

Wir FREIEN WÄHLER unterstützen die weltweiten Klimaschutzanstrengungen. Wir konnten hier bereits entscheidende Akzente zur Entlastung setzen. Die EEG-Umlage wird ab Januar 2022 deutlich gesenkt, nämlich auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Das ist ein Stück echte, rationale und bürgernahe Energiepolitik. Wir wollen aber noch mehr, meine Damen und Herren, nämlich die EEG-Umlage möglichst schnell gänzlich abschaffen. Anscheinend können Sie, Herr Mannes, aber gar nicht zwischen der kompletten Abschaffung des EEG und einer Abschaffung der EEG-Umlage unterscheiden. Ihr Antrag ist laienhaft. Ihr Antrag ist völlig realitätsfremd, und deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Ludwig, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion vor. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Ludwig, danke für die Ausführungen. Sie haben sich jetzt aber selbst widersprochen. Ich habe Sie wegen der Planwirtschaft kritisiert. Sie machen Planwirtschaft. Das EEG ist ein planwirtschaftliches Instrument. Sie haben es gerade selbst gesagt: Das EEG wurde eingeführt, um die Wettbewerbsnachteile der Erneuerbaren auszugleichen. Was ist das denn anderes als Planwirtschaft? Über die Vorrang einspeisung habe ich auch gesprochen. Das heißt, noch einmal: Sie machen Planwirtschaft.

(Zuruf)

– Sie haben das gerade selbst dargestellt.

Zu dem EEG wollte ich noch nachfragen: Sie haben dargestellt, Sie wollen das EEG beibehalten, aber Sie wollen es aus Steuermitteln finanzieren. Stellen Sie das doch einmal klar.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Mannes, Sie werden nicht müde bei dem Versuch, jedem Redner hier vorne eine unbequeme Frage zu stellen. Das gelingt Ihnen aber nicht.

(Unruhe)

Zur Planwirtschaft haben wir unterschiedliche Definitionen. Sie haben Ihre eigene dazu. Die mag Ihnen auch vorbehalten sein. Was aber die Unterscheidung zwischen EEG-Umlage und EEG-Gesetz anbelangt: Darüber brauchen wir nicht zu reden. Das ist klar und deutlich; denn das EEG-Gesetz ist mehr als nur die Umlage.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Annette Karl. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Das Verhalten der AfD-Fraktion, der Umgang mit ihren eigenen Anträgen grenzt mittlerweile an organisierten Zeitdiebstahl.

(Lebhafter Beifall)

Selbst wenn Sie den gleichen Antrag noch hundertmal hier im Plenum einbringen, er wird einfach nicht besser. Die CO₂-Bepreisung ist ein wichtiges Instrument der Klimaschutzpolitik. Die neue Bundesregierung hat angekündigt, die CO₂-Bepreisung auch sozial zu flankieren, ohne die Steuerungswirkung der CO₂-Bepreisung damit zu schwächen.

Zum Thema EEG: Auch hier hat die neue Bundesregierung klargemacht, dass die Kosten der EEG-Umlage in Zukunft nicht mehr auf die Strompreise umgelegt werden, sondern aus Steuermitteln bezahlt werden. Das ist eine enorme Entlastung der privaten Haushalte bei den Strompreisen, und gleichzeitig wird die Unterstützung der erneuerbaren Energien weitergeführt.

Insgesamt kann man sagen, dass die neue Bundesregierung unter unserem Kanzler Olaf Scholz einen klaren Fokus auf sozial-ökologische Politik für die Zukunft unserer Kinder und Enkel richten wird. Die Anträge der AfD braucht es dafür weiß Gott überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Albert Duin. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie oft haben wir diesen Antrag jetzt schon gehabt? Das ist ja Wahnsinn, ihr müsst ja echte Masochisten sein, dass ihr euch hier immer wieder so etwas abholt!

Tatsächlich ist es so: Ihr macht das nicht, um uns irgendwie zu überzeugen, sondern ihr macht das nur, um wieder einen Grund zu haben, um uns alle in den sozialen Medien wie Telegram, Whatsapp usw. beschimpfen zu können. Auch wir streiten um Themen; aber das, was ihr macht, ist eine Unverschämtheit! Ich lasse mir das nicht mehr gefallen!

(Lebhafter Beifall)

Ich habe letztes Mal im Wirtschaftsausschuss genau zum gleichen Thema schon gesagt: Am besten man antwortet euch gar nicht mehr; denn dann lauft ihr ins Leere. So geht es einfach nicht mehr weiter.

Ich fasse es kurz zusammen: Wir müssen aus den fossilen Brennstoffen raus. Ich glaube, wir sind uns darin alle einig, weil das die einzige Möglichkeit ist, CO₂ einzusparen. Wie wir dahin kommen, darüber werden wir noch trefflich streiten, und zwar technologieoffen und mit neuen Ideen; aber nicht so, wie ihr es macht. Das ist einfach Unsinn.

Ich will jetzt noch zwei von euren Leuten herausstellen, denen man ab und zu mal zuhören kann. Das ist zum einen Franz Bergmüller. Dem kann man zuhören. Zum anderen ist das Gerd Mannes, der eine gewisse Expertise hat. Das Problem ist nur, dass ihr nur zwei seid. Hinter euch stehen sechzehn Leute, die nichts anderes tun, als uns zu verunglimpfen, immer, täglich, jeden Tag wird irgendwo auf uns herumgehackt. Deswegen werde ich auch einem Antrag von euch beiden niemals zustimmen, solange ihr ein so verrückter Haufen seid.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe im Sitzungssaal.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Es ist von der AfD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Die Abstimmung findet mit Ihren elektronischen Abstimmungsgeräten statt. Die Abstimmungszeit dauert drei Minuten und startet jetzt.

Sollte jemand mit seinem Abstimmungsgerät Probleme haben, dann bitte ich ihn bzw. sie, sich innerhalb der drei Minuten Hilfe bei den freundlichen Damen und Herren des Landtagsamtes zu holen. Nach Ablauf der drei Minuten ist das nicht mehr möglich.

(Namentliche Abstimmung von 18:41 bis 18:44 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, haben alle ihre Stimme abgegeben? Hat noch jemand Probleme? – Ich höre nichts in dieser Richtung. Dann ist die Abstimmung hiermit geschlossen. Das Ergebnis der Abstimmung wird später bekannt gegeben.

(...)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik" auf Drucksache 18/18260 bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 107, Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 08.12.2021 zum Tagesordnungspunkt 26: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik: Energiepreise sofort senken - Stromsteuer auf EU-Mindestsatz absenken, CO₂-Steuer streichen, EEG abschaffen (Drucksache 18/18260)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina	X		
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst		X		Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin		X		Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans			
Bauer Volker		X		Friedl Patrick		X	
Baumgärtner Jürgen				Fuchs Barbara			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert			
Bayerbach Markus	X						
Becher Johannes		X		Gehring Thomas			
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal				Graupner Richard	X		
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald			
Brendel-Fischer Gudrun				Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian							
Dr. Büchler Markus				Häusler Johann		X	
Busch Michael				Hagen Martin		X	
				Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Cyron Anne				Hanisch Joachim			
				Hartmann Ludwig		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hauber Wolfgang		X	
Demirel Gülseren		X		Haubrich Christina			
Dorow Alex		X		Hayn Elmar		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli			
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann				Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael			
				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Köhler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	17	107	1